

Die Deklaration von Madrid

„Nicht-Diskriminierung plus positive Handlung(en) bewirken soziale Integration“

Wir, über 600 Teilnehmer am Europäischen Behindertenkongress, zusammengekommen in Madrid, begrüßen die Proklamation des Jahres 2003 als das Europäische Jahr von Menschen mit Behinderungen als ein Ereignis, das das öffentliche Bewusstsein über die Rechte von mehr als 50 Millionen Europäern mit Behinderungen steigern muss.

Wir legen unsere Vision in diese Deklaration, die für Aktionen für das Europäische Jahr im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene einen konzeptionellen Rahmen darstellen sollte.

Vorwort

1. Behinderung ist ein Menschenrechtsthema

Behinderte Menschen haben die selben Menschenrechte wie alle anderen Bürger. Der erste Artikel der Menschenrechtsdeklaration legt fest: Alle Menschen sind frei und gleich in ihrer Würde und in ihren Rechten. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten alle Gemeinden die Verschiedenheit innerhalb ihrer Gemeinschaften begrüßen und danach streben, sicherzustellen, dass alle behinderten Menschen die volle Palette der Menschenrechte in Anspruch nehmen können: bürgerlich, politisch, sozial, ökonomisch und kulturell wie in den verschiedenen internationalen Konventionen, im EU - Vertrag und in den verschiedenen nationalen Verfassungen festgelegt.

2. Behinderte Menschen wollen Chancengleichheit und nicht Wohltätigkeit

So wie viele andere Regionen in der Welt hat die Europäische Union einen langen Weg während der letzten Dekade zurückgelegt: von der Philosophie der Bevormundung behinderter Menschen zu dem Versuch, sie zu befähigen, die Kontrolle über ihr eigenes Leben auszuüben. Die alten Einstellungen, die weitgehend auf Mitleid und Hilflosigkeit behinderter Menschen begründet waren, gelten nun als unakzeptabel. Die Handlung verlagert sich von der Betonung der Rehabilitation des Individuums, damit es in die Gesellschaft „passt“, zu einer umfassenden Philosophie der sich verändernden Gesellschaft, die den Bedarf von allen Personen einschließt und berücksichtigt, einschließlich der Menschen mit Behinderungen. Behinderte Menschen fordern gleiche Möglichkeiten und Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen, d.h. integrative Bildung, neue Technologien, Gesundheits- und soziale Dienste, Sport- und Freizeitaktivitäten, Konsumgüter und Dienstleistungen.

3. Barrieren in der Gesellschaft führen zu Diskriminierung und sozialem Ausschluss

Die Art, in der unsere Gesellschaften organisiert sind, bedeutet oft, dass behinderte Menschen nicht fähig sind, ihre Menschenrechte voll wahrnehmen zu können und dass sie sozial ausgeschlossen sind. Die statistischen Daten, die verfügbar sind, belegen, dass behinderte Menschen unakzeptabel niedrige Bildungs- und Beschäftigungsniveaus haben. Daraus resultiert auch, dass verglichen mit nicht behinderten Bürgern eine größere Anzahl von behinderten Menschen in tatsächlicher Armut lebt.

4. Behinderte Menschen: Die unsichtbaren Bürger

Die Diskriminierung, der behinderte Menschen gegenüberstehen, basiert manchmal auf Vorurteilen gegen sie, aber viel öfter wird sie durch die Tatsache verursacht, dass behinderte Menschen weitgehend vergessen und ignoriert werden und das hat Auswirkungen auf die Schaffung und Untermauerung von Barrieren in der Umwelt und in der Haltung, die behinderte Menschen daran hindern an der Gesellschaft teilzuhaben.

5. Behinderte Menschen bilden eine verschiedenartige Gruppe

Wie in allen Gebieten der Gesellschaft bilden behinderte Menschen eine sehr unterschiedliche Gruppe von Menschen und nur eine Politik, die diese Unterschiedlichkeit respektiert, wird funktionieren. Insbesondere mehrfachbehinderte Menschen und ihre Familien bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit durch die Gesellschaft, aber sie sind oft die am stärksten vergessenen unter den behinderten Menschen. Auch Frauen mit Behinderungen und behinderte Menschen von ethnischen Minderheiten sind oft von doppelter oder vielfacher Diskriminierung betroffen, die aus dem Zusammentreffen der Diskriminierung, die in ihrer Behinderung und der Diskriminierung, die aus dem Geschlecht oder der ethnischen Abstammung begründet ist resultiert. Für gehörlose Menschen ist die Anerkennung der Gebärdensprache ein fundamentaler Punkt.

6. Nicht-Diskriminierung plus positive Handlung(en) bewirken soziale Integration

Die kürzlich angenommene EU Charta der Grundrechte bestätigt, dass für das Erreichen der Gleichberechtigung für behinderte Menschen das Recht, nicht diskriminiert zu werden, ergänzt werden muss um das Recht von Maßnahmen zu profitieren zu Gunsten ihrer Unabhängigkeit, Integration und Teilhabe am Leben der Gesellschaft. Diese vereinheitlichte Erkenntnis wurde zum Leitprinzip des Madrider Kongresses, der im März 2002 mehr als 600 Teilnehmer versammelte.

Unsere Vision

1. Unsere Vision kann am besten beschrieben werden als ein Gegensatz zwischen dieser neuen Vision und der alten Vision, die es zu überwinden gilt:

- a) Weg von behinderten Menschen als Objekte der Wohltätigkeit ... und hin zu behinderten Menschen als Inhaber von Rechten.

- b) Weg von Menschen mit Behinderungen als Patienten... und hin zu Menschen mit Behinderungen als unabhängige Bürger und Verbraucher.
- c) Weg davon, dass Professionelle Entscheidungen für behinderte Menschen treffen ... und hin zu unabhängiger Entscheidungsfindung und Übernahme von Verantwortung durch behinderte Menschen und ihre Verbände bei Themen, die sie betreffen.
- d) Weg von der Konzentration nur auf individuelle Beeinträchtigungen... und hin zur Beseitigung von Barrieren, Änderung von sozialen Normen, Politiken, Kulturen und zur Förderung einer unterstützenden und zugänglichen Umwelt.
- e) Weg von der Abstempelung von Menschen als Abhängige oder nicht zu Beschäftigende ...und hin zur Betonung der Fähigkeit und der Bereitstellung von aktiven Unterstützungsmaßnahmen.
- f) Weg von der Gestaltung von wirtschafts- und sozialen Prozessen für die wenigen ... und hin zur Gestaltung einer flexiblen Welt für die vielen.
- g) Weg von unnötiger Trennung in Bildung, Beschäftigung und anderen Bereichen des Lebens und hin zur Integration behinderter Menschen in alle Bereiche des Lebens.
- h) Weg von einer Behindertenpolitik als ein Punkt der nur spezielle Ministerien betrifft ...und hin zu Einbeziehung der Behindertenpolitik als eine generelle Regierungsverantwortung.

2. Eine Gesellschaft für alle

Die Durchsetzung unserer Vision wird nicht nur für behinderte Menschen sondern für die gesamte Gesellschaft von Nutzen sein. Eine Gesellschaft, die einige ihrer Mitglieder ausschließt, ist eine arme Gesellschaft. Aktionen zur Verbesserung der Bedingungen für behinderte Menschen werden zur Ausgestaltung einer flexiblen Welt für alle führen. „Was heute im Namen der Behinderten getan wird, wird für alle in der Welt von morgen Bedeutung haben“.

Wir, die Teilnehmer am Europäischen Behindertenkongress, die sich in Madrid getroffen haben, teilen diese Vision und bitten alle Beteiligten das Europäische Jahr von Menschen mit Behinderungen 2003 als den Beginn eines Prozesses anzusehen, der diese Vision zur Realität machen wird. 50 Millionen europäische behinderte Menschen erwarten von uns, dass ein Impuls für diesen Prozess gegeben wird, um dies zu verwirklichen.

Unser Programm zur Verwirklichung dieser Vision

1. Gesetzliche Maßnahmen

Eine umfassende Antidiskriminierungs-Gesetzgebung muss unverzüglich erlassen werden, um existierende Barrieren zu beseitigen und die Errichtung von neuen Barrieren zu vermeiden, denen behinderte Menschen zum Beispiel in der Bildung, in der Beschäftigung und beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen begegnen können und welche behinderte Menschen daran hindern, ihr volles Potential für soziale Teilhabe und Unabhängigkeit zu erreichen. Die Nicht -

Diskriminierungsklausel in Artikel 13 des EG – Vertrages ermöglicht dies auf Gemeinschaftsebene und trägt somit zu einem wirklich barrierefreien Europa für Menschen mit Behinderungen bei.

2. Einstellungen verändern

Die Antidiskriminierungs-Gesetzgebung hat bewiesen, dass sie erfolgreich die Veränderungen in der Einstellung zu Menschen mit Behinderungen zustande bringt. Gesetze sind jedoch nicht genug. Ohne eine starke Verpflichtung der ganzen Gesellschaft, einschließlich der aktiven Teilhabe von behinderten Menschen und ihrer Verbänden um ihre eigenen Rechte zu sichern, bleibt die Gesetzgebung eine leere Hülse. Öffentliche Bildung ist daher für die Unterstützung der Gesetzgebungsmaßnahmen und für ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse und Rechte von behinderten Menschen in der Gesellschaft und um Vorurteile und Stigmatisierung zu bekämpfen, die gegenwärtig noch existieren, notwendig.

3. Dienstleistungen, die ein unabhängiges Leben fördern

Um das Ziel von gleichem Zugang und Teilhabe zu erreichen ist es auch erforderlich, dass Mittel in einer solchen Art und Weise gesteuert werden, dass sich die Möglichkeiten der behinderten Menschen teilzunehmen und ihre Rechte auf ein unabhängiges Leben verbessern. Viele behinderte Menschen benötigen unterstützende Dienste in ihrem täglichen Leben. Diese Dienste müssen seriöse Dienste sein, die dem Bedarf von behinderten Menschen entsprechen und sie müssen in die Gesellschaft integriert und nicht Ursache für Ausgrenzung sein. Solche Unterstützung stimmt mit dem Europäischen Sozialmodell der Solidarität überein – ein Modell, das unsere kollektive Verantwortung füreinander anerkennt und besonders für jene, die Hilfe benötigen.

4. Unterstützung der Familien

Die Familie behinderter Menschen, insbesondere Familien behinderter Kinder und Menschen mit Mehrfachbehinderung, die nicht fähig sind sich selbst zu vertreten, spielt eine lebenswichtige Rolle für deren Ausbildung und soziale Integration. Angesichts dessen müssen angemessene Maßnahmen durch die öffentlichen Behörden ergriffen werden, um den Familien zu ermöglichen, ihre Unterstützung für die behinderte Person so integrativ wie möglich zu organisieren.

5. Spezielle Aufmerksamkeit für behinderte Frauen

Das Europäische Jahr muss als Möglichkeit gesehen werden, die Situation von behinderten Frauen aus einer neuen Perspektive zu betrachten. Der soziale Ausschluss, dem behinderte Frauen gegenüberstehen, kann nicht nur durch ihre Behinderung erklärt werden, sondern die Frage des Geschlechts muss auch beachtet werden. Die mehrfache Diskriminierung, der behinderte Frauen ausgesetzt sind, muss durch eine Kombination von Maßnahmen des Mainstre-

Mainstreamings und Fördermaßnahmen, die bestimmt werden in Abstimmung mit behinderten Frauen, überwunden werden.

6. Integration Behinderter in alle gesellschaftlichen Bereiche

Behinderte Menschen sollten Zugang haben zu den Gebieten Gesundheit, Bildung, berufliche und soziale Dienste und zu all den Möglichkeiten, die für nicht behinderte Menschen vorhanden sind. Die Durchführung eines integrativen Ansatzes im Bereich der an Behinderung und behinderter Menschen erfordert in der gegenwärtigen Praxis Veränderungen auf verschiedenen Gebieten. Vor allen Dingen ist es notwendig abzusichern, dass für behinderte Menschen verfügbare Dienste innerhalb und über die verschiedenen Bereiche hinweg abgestimmt sind. Die Zugänglichkeit, die bestimmte Gruppen von behinderten Menschen benötigen, muss bei der Planung jeder Aktivität und nicht als ein Nachtrag, wenn der Planungsprozess bereits abgeschlossen wurde, in Betracht gezogen werden. Die Bedürfnisse von behinderten Menschen und ihren Familien sind verschieden und es ist wichtig, eine umfassende Antwort zu finden, die sowohl die ganze Person als auch die verschiedenen Aspekte seines oder ihren Lebens in Betracht zieht.

7. Beschäftigung als ein Schlüssel für soziale Integration

Besondere Anstrengungen müssen unternommen werden, um den Zugang behinderter Menschen zur Beschäftigung zu fördern, vorzugsweise auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Das ist einer der wichtigen Wege, um gegen den sozialen Ausschluss von behinderten Menschen zu kämpfen und ihr unabhängiges Leben und ihre Würde zu fördern. Das erfordert nicht nur die aktive Mobilisierung der Sozialpartner, sondern auch der öffentlichen Verwaltungen, die schon bestehende Maßnahmen auch weiterhin verstärken müssen.

8. Nichts über behinderte Menschen [sagen, schreiben, tun] ohne behinderte Menschen [einzubeziehen]

Das Jahr muss eine Chance sein, behinderten Menschen, ihren Familien, ihren Fürsprechern und ihren Verbänden eine neue und erweiterte politische und soziale Möglichkeit auf allen Ebenen der Gesellschaft zuzubilligen, um die Regierungen in einen Dialog, die Entscheidungsfindung und den Fortschritt bei den Zielen der Gleichheit und Integration einzubeziehen.

Alle Aktionen sollten im Dialog und in Kooperation mit den einschlägigen repräsentativen Behindertenverbänden unternommen werden. Solche Teilhabe sollte nicht nur darauf beschränkt sein, Informationen zu erhalten oder Entscheidungen zu billigen. Vielmehr müssen die Regierungen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung normale Mechanismen für die Konsultation und den Dialog einstellen oder verstärken, die behinderten Menschen ermöglichen, durch ihre Behindertenverbände zur Planung, Einführung, Begleitung und Evaluation aller Aktionen beizutragen.

Ein starkes Bündnis zwischen den Regierungen und den Behindertenverbänden ist die erforderliche Basis, um am effektivsten Gleichberechtigung und soziale Teilhabe von behinderten Menschen voranzubringen.

Um diesen Prozess zu erleichtern, sollte die Leistungsfähigkeit von Behindertenverbänden durch größere Mittelzuweisungen gesteigert werden, die ihnen erlauben, ihre Managementkapazitäten und ihre Kampagnen zu verbessern. Das beinhaltet auch die Verantwortung seitens der Behindertenverbände ihre Führungstätigkeit und ihre Repräsentativität kontinuierlich zu verbessern.

Vorschläge für Aktionen

Das Europäische Jahr von Menschen mit Behinderungen 2003 sollte eine Förderung der Fragen Behinderter bedeuten und das erfordert die aktive Unterstützung von allen einschlägigen Mitstreitern in einer groß angelegten Partnerschaft. Daher werden konkrete Anregungen für Aktion für alle einschlägigen Mitstreiter vorgeschlagen. Diese Aktionen sind in das Europäische Jahr zu etablieren und darüber hinaus fortzusetzen; der Fortschritt sollte die gesamte Zeit bewertet werden.

1. EU –Behörden und nationale Behörden in EU- und Beitrittsländern

Öffentliche Verwaltungen sollten durch ihr Beispiel vorangehen und daher die ersten aber nicht die einzigen Akteure in diesem Prozess sein.

Sie sollten

- die gegenwärtigen Möglichkeiten der Gemeinschaft und der nationalen gesetzlichen Rahmenbedingungen mit der Absicht überprüfen, diskriminierende Praktiken auf dem Gebiet der Bildung, Beschäftigung und dem Zugang zu Waren und Dienstleistungen zu bekämpfen;
- Untersuchungen gegen jene Einschränkungen und diskriminierenden Barrieren einleiten, die die Freiheit von behinderten Menschen, voll an der Gesellschaft teilzuhaben, begrenzen und alle Maßnahmen unternehmen, die notwendig sind, um die Situation zu beheben.
- Dienstleistungen und Leistungssysteme überprüfen, um sicherzustellen, dass diese Politik behinderten Menschen hilft und sie dabei unterstützt, ein integrierter Teil der Gesellschaft, in der sie leben, zu bleiben bzw. zu werden.
- Untersuchungen über Gewalt und Ausübung von Missbrauch an behinderten Menschen durchführen, mit besonderer Aufmerksamkeit auf die behinderten Menschen, die in großen Einrichtungen leben.
- die Gesetzgebung bezüglich der Zugänglichkeit stärken, um sicherzustellen, dass behinderte Menschen die gleichen Rechte des Zugangs zu allen öffentlichen und sozialen Einrichtungen haben wie andere Menschen.

- beitragen zur Förderung der Menschenrechte von behinderten Menschen auf weltweiter Ebene durch aktive Teilnahme an der Arbeit zur Vorbereitung einer UN-Konvention über die Rechte von behinderten Menschen.
- beitragen zur Situation von behinderten Menschen in den Entwicklungsländern, einschließlich der sozialen Integration von behinderten Menschen als ein Ziel der nationalen und EU-Politik der Entwicklungszusammenarbeit.

2. Örtliche Behörden

Das Europäische Jahr muss tatsächlich vor allem auf lokaler Ebene stattfinden, wo die Anlässe für die Bürger real sind und wo die Vereinigungen von und für Menschen mit Behinderungen den größten Teil ihrer Arbeit leisten. Es muß jede erdenkliche Anstrengung gemacht werden, um die Veranstaltungen, die Mittel und die Aktivitäten auf lokaler Ebene zu bündeln.

Lokale Akteure sollten aufgefordert werden, die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen in die städtische- und Gemeindepolitik zu integrieren, einschließlich der Bildung, Beschäftigung, des Wohnens, des Verkehrs, der Gesundheit und der sozialen Dienste und dabei die Verschiedenartigkeit von behinderten Menschen, einschließlich u.a. älterer Menschen, Frauen und Einwanderer zu bedenken.

Örtliche Verwaltungen sollten lokale Aktionspläne auf der Grundlage von Behinderung in Kooperation mit den Vertretern der behinderten Menschen entwerfen und ihre eigenen lokalen Ausschüsse einsetzen, um die Aktivitäten des Jahres der behinderten Menschen vorrangig zu fördern.

2. Behindertenverbände

Behindertenverbände als Vertreter der behinderten Menschen haben die Hauptverantwortung, um den Erfolg der Europäischen Jahres zu sichern. Sie haben sich selbst als Botschafter des Europäischen Jahres anzusehen und alle einschlägigen Mitstreiter einzubeziehen, die konkrete Maßnahmen vorschlagen und sie müssen versuchen, eine lang andauernde Partnerschaft zu etablieren, falls diese noch nicht existiert.

4. Arbeitgeber

Arbeitgeber sollten ihre Anstrengungen steigern, um behinderte Menschen in die Arbeit einzubeziehen, sie dort zu halten und zu fördern und ihre Produkte und Dienstleistungen so gestalten, dass diese für behinderte Menschen leicht zugänglich sind. Arbeitgeber sollten ihre eigene Politik überprüfen, um sicherzustellen, dass nichts behinderte Menschen davon abhält, gleiche Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Arbeitgeberorganisationen können zu diesen Anstrengungen beitragen, indem viele Beispiele guter Praxis, die es schon gibt, gesammelt werden.

5. Gewerkschaften

Gewerkschaften sollten ihr Engagement steigern, um den Zugang zur und die Beibehaltung von Beschäftigung von behinderten Menschen zu verbessern und sicherstellen, dass behinderte Menschen einen Nutzen ziehen aus dem gleichen Zugang zu Bildungs- und Förderungsmaßnahmen, wenn sie die Verträge in den Betrieben und beruflichen Sektoren verhandeln. Ebenso sollte mehr Aufmerksamkeit aufgewandt werden, um die Teilhabe und die Vertretung von behinderten Arbeitern zu fördern, sowohl in ihren eigenen Entscheidungsstrukturen als auch bei den in den Betrieben oder den beruflichen Sektoren existierenden.

6. Medien

Die Medien sollten Partnerschaften mit Vereinigungen von Menschen mit Behinderungen begründen und verstärken, um die Darstellung von behinderten Menschen in den Massenmedien zu verbessern. Mehr Information über behinderte Menschen sollte in die Berichterstattung in Anerkennung der Tatsache, dass es verschiedenartige Menschen gibt, einfließen. Falls auf Behindertenangelegenheiten hingewiesen wird, sollten die Medien jede herablassende oder demütigende Behandlung vermeiden und stattdessen auf die Barrieren, denen behinderten Menschen gegenüberstehen und auf den positiven Beitrag zur Gesellschaft, den behinderte Menschen leisten können, wenn diese Barrieren einst überwunden sein werden, hinweisen.

7. Bildungssystem

Schulen sollten eine führende Rolle einnehmen in der Verbreitung der Botschaft des Verstehens und der Akzeptanz der Rechte von behinderten Menschen, sie sollten helfen Ängste, Mythen und Missverständnisse zu zerstreuen und die Anstrengungen der Gesellschaft unterstützen. Pädagogische Mittel, um Schülern zu helfen ein Gefühl von Individualität in Zusammenhang mit eigener oder anderer Behinderung zu entwickeln, und ihnen zu helfen, Unterschiede positiver zu sehen, sollten entwickelt und weit verbreitet werden.

Es ist notwendig, eine Bildung für alle zu erreichen, die auf den Prinzipien der vollen Teilhabe und Gleichberechtigung basiert. Bildung spielt eine Schlüsselrolle für die Zukunft eines jeden Menschen, sowohl aus persönlicher als auch aus sozialer und beruflicher Sicht. Das Bildungssystem muss daher die Hauptrolle spielen um eine persönliche Entwicklung und soziale Einbeziehung zu sichern, die Kindern und Jugendlichen erlauben wird so unabhängig wie möglich zu sein. Das Bildungssystem in der erste Schritt zu einer einbeziehenden Gesellschaft.

Schulen, Hochschulen und Universitäten sollten in Zusammenarbeit mit Fachleuten für Behinderung, Vorträge und Workshops für Journalisten, Werbeagenturen, Architekten, Arbeitgeber, soziale und gesundheitliche Fürsorgedienste, familiäre Pflegepersonen, Freiwillige, und Mitglieder der örtlichen Verwaltung mit dem Ziel der Bewusstseinsbildung initiieren.

8. Eine gemeinsame Anstrengung zu der alle beitragen können und sollten

Behinderte Menschen streben danach, auf allen Ebenen des Lebens dabei zu sein und das erfordert, dass alle Organisationen ihre Praktiken überprüfen, um sicher zu stellen, dass sie so gestaltet sind, dass behinderte Menschen an ihnen teilhaben und von ihnen unterstützt werden können. Solche Organisationen schließen beispielsweise ein:

Verbraucherorganisationen, Jugendorganisationen, kulturelle Organisationen, andere soziale Verbände, die spezifische Gruppen von Bürgern repräsentieren. Es ist auch wichtig, diejenigen, die Entscheidungen treffen und Manager von Begegnungsstätten, wie Museen, Theater, Kinos, Parks, Stadien, Kongresszentren, Einkaufszentren und Postämter einzubeziehen.

Wir, die Teilnehmer der Madrider Konferenz unterstützen diese Deklaration und verpflichten uns selbst, sie weit zu verbreiten, so dass sie die Verantwortlichen erreichen kann, und alle in Frage kommenden Mitstreiter ermutigen kann diese Deklaration vor, während und nach dem Europäischen Jahr von Menschen mit Behinderungen zu billigen. Durch Billigung dieser Deklaration, erklären wir, die Organisationen, offen unser Einverständnis mit der Vision der Madrider Deklaration und verpflichten uns, Aktionen durchzuführen, die zu einem Prozess beitragen werden, der wirkliche Gleichberechtigung für alle behinderten Menschen und ihre Familien mit sich bringen wird.

Wenn Ihre Organisation diese Deklaration billigen und diese Billigung veröffentlichen möchte, so sollte sie das Europäische Behindertenforum (info@edf-feph.org) informieren, das dann Ihre Organisation auf einem speziellen Abschnitt seiner Website aufnehmen wird (www.edf-feph.org), der der Unterstützung der Madrider Deklaration gewidmet ist.